

ZVB - Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen

Die Paragraphen ohne Normbezeichnung beziehen sich auf die VOB, Teil B.

1. Vertragsgrundlagen

Die Abwicklung des Bauvertrages erfolgt auf Basis der folgenden Vertragsgrundlagen:

- 1.1. dem Auftragsschreiben,
- 1.2. einem etwaigen Protokoll über ein Aufklärungsgespräch gem. § 15 VOB / A,
- 1.3. der Bietererklärung,
- 1.4. der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen, wie Pläne, Gutachten etc.
- 1.5. den Besonderen Vertragsbedingungen (BVB),
- 1.6. den Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB),
- 1.7. den Zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen (ZTV),
- 1.8. den Allg. technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB / C) (ATV),
- 1.9. den Allg. Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB / B - Ausgabe 2016-09).

Bei Widersprüchen in den vorgenannten Vertragsgrundlagen gilt die vorgenannte Reihenfolge 1.1 bis 1.9.

Die in den Anschreiben, dem Angebot oder in den vorgenannten Vertragsgrundlagen in Bezug genommenen Bedingungen des Auftragnehmers werden, sofern und soweit sie von den vorgenannten Vertragsgrundlagen abweichen, nicht Vertragsbestandteil.

2. Leistungsverzeichnis

Der Wortlaut des von der Auftraggeberin verfassten Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich, auch wenn der Auftragnehmer für sein Angebot selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen (siehe Nr. 2.10 der Bewerbungsbedingungen) verwendet hat.

3. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (zu § 1 Nr. 2)

In den Vergabeunterlagen genannte technische Vertragsbedingungen, die im Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) -

nicht angeführt sind, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs. (2) Nr. 4.

4. Vergütung (zu § 2)

4.1. Die angebotenen Einheitspreise sind Festpreise für die Dauer der Durchführung des Auftrages.

Eine Preisanpassung kann erst erfolgen, wenn sich die Vertragsfristen gemäß Ziffern 1.1 und 1.2 der BVB aufgrund eines von der Auftraggeberin zu vertretenden Umstandes um mehr als sechs Monate verschieben und ferner sich in diesem Zeitraum die Materialpreise und die tariflichen Löhne der beschäftigten Gruppe des Auftragnehmers erhöht haben.

4.2. Wenn nach § 650c BGB und § 2 Abs. 3, 5, 6 oder 7 neue Preise zu vereinbaren sind, hat der Auftragnehmer auf Verlangen die Preisermittlungen für die neuen Preise und, soweit erforderlich, die Preisermittlungen für die gesamte Leistung zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das gleiche gilt, wenn dem Auftragnehmer eine Vergütung nach § 2 Abs. 8 Nr. 2 zusteht.

4.3. Die neue Preisermittlung erfolgt zunächst auf Grundlage der Einheitspreise des Angebotes. Auch bei Aufträgen, die zum Pauschal festpreis vergeben werden, bleiben die Einheitspreise des Angebotes daher Vertragsgrundlage.

4.4. Für Leistungen, hinsichtlich derer keine Einheitspreise vereinbart sind, erfolgt die Preisermittlung für geänderte und zusätzliche Leistungen unter Berücksichtigung der tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten und Wagnis und Gewinn.

Alternativ kann der Auftragnehmer die Preisermittlung auf Grundlage seiner Urkalkulation vornehmen, wobei eine solche Wahl nur einheitlich für die gesamte Abwicklung dieses Vertrages getroffen werden und nach Einreichen des ersten Nachtrages nach einer der beiden Berechnungsmethoden vom Auftragnehmer nicht mehr geändert werden kann.

4.5. Wählt der Auftragnehmer eine Preisermittlung anhand tatsächlich erforderlicher Kosten, hat er die tatsächlich erforderlichen Kosten sowohl für die ursprüngliche als auch für die, statt dieser auszuführende geänderte und zusätzliche Leistung darzulegen und nachzuweisen. Eine Vermutung, dass die angebotenen oder kalkulierten Kosten (EKT) tatsächlich erforderlich gewesen wären, wird bei einer Abrechnung durch den Auftragnehmer anhand tatsächlich erforderlicher Kosten ausgeschlossen.

4.6. Die Parteien stimmen aber darin überein, dass die vom Auftragnehmer seiner Urkalkulation zugrunde gelegten Zuschläge unabhängig von der vom Auftragnehmer gewählten Berechnungsmethode angemessen sind.

4.7. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen der Auftraggeberin jederzeit zwischen Bekanntmachung und vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung eine versiegelte Ausführung seiner Urkalkulation bei der Auftraggeberin zu hinterlegen. Sie wird bei

der Auftraggeberin unter Verschluss gehalten und Dritten unzugänglich gemacht. Sie wird im Bedarfsfall, zum Beispiel bei der Prüfung von Selbstkostenpreisen bei Nachtragsangeboten, im Beisein des Auftragnehmers geöffnet, gemeinsam ausgewertet und anschließend wieder versiegelt. Nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung wird die Urkalkulation verschlossen an den Auftragnehmer zurückgegeben.

4.8. Verlangt die Auftraggeberin die Vorlage der Urkalkulation, so werden Nachtragsforderungen des Auftragnehmers bis zu deren Vorlage nicht fällig, vielmehr besteht hinsichtlich solcher ein Zurückbehaltungsrecht der Auftraggeberin.

5. Unter- / Überschreitung des Mengenansatzes von mehr als 10% (zu § 2 Abs. 3)

Haben die Parteien eine Vergütung nach Einheitspreisen vereinbart, gilt:

5.1. In den Fällen der Unterschreitung der ausgeschriebenen Mengenvordersätze von mehr als 10 v. H. gilt ein Ausgleich im Sinne von § 2 Nr. 3 auch dann als erhalten, wenn der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages andere Leistungen – Mengen sowie geänderte und zusätzliche Leistungen – im Wert der Unterschreitung ausführt oder im Bereich desselben Bauvorhabens vor der Schlusszahlung weitere selbständige Aufträge im Wert der Unterschreitung von der Auftraggeberin erhält. Entgangener Gewinn wird von der Auftraggeberin in keinem Falle erstattet.

5.2. Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass durch eine über 10 v. H. hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes Mehrkosten entstehen, die ausnahmsweise zu einem höheren Einheitspreis führen können, hat er dies der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er schuldhaft diese Mitteilung, hat er den der Auftraggeberin daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

6. Weitere Voraussetzungen einer Vergütung bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen (zu § 2 Abs. 5, 6)

6.1. Einen Anspruch auf besondere Vergütung für zusätzliche Leistungen hat der Auftragnehmer schriftlich anzukündigen; die Ankündigung soll unverzüglich erfolgen. Entsprechendes gilt bei Änderungen des Bauentwurfs oder anderen Anordnungen der Auftraggeberin.

6.2. Außervertragliche Arbeiten dürfen, soweit nicht Gefahr im Verzug ist, nur nach vorheriger schriftlicher Auftragserteilung durch die Auftraggeberin begonnen werden. §§ 650b Abs. 2 sowie 650c Abs. 3 BGB bleiben unberührt.

7. Vergütung für Stundenlohnarbeiten (zu § 2 Abs. 10)

Sind in einem Leistungsvertrag Stundenlohnarbeiten vorgesehen, so ist die dafür im Leistungsverzeichnis angegebene Zahl von Stunden unverbindlich; § 2 Abs. 3 gilt nicht. Bezahlt werden nur die auf Anforderung der Auftraggeberin nachweislich geleisteten und von der Auftraggeberin gemäß Nr. 24 der ZVB bestätigte Stunden.

8. Ausführungsunterlagen (zu § 3)

8.1. Unterlagen, die der Auftragnehmer zu beschaffen hat, sind auf Verlangen der Auftraggeberin ohne besondere Vergütung in digitaler Ausfertigung und einmal in ausgedruckter Form vorzulegen. Sie dürfen erst nach schriftlicher Genehmigung durch die Auftraggeberin der Ausführung zugrunde gelegt werden. Durch diese Genehmigung werden die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Vertrag, insbesondere nach § 3 Abs. 3 Satz 2, § 4 Abs. 2 und 3 sowie § 13 nicht eingeschränkt.

Die vom Auftragnehmer vorgelegten Unterlagen sind der Auftraggeberin auf Verlangen zu überlassen, ohne dass hierfür eine besondere Vergütung verlangt werden kann. Etwa bestehende Urheberrechte bleiben hierdurch unberührt.

8.2. Veröffentlichungen über die Bauleistung durch den Auftragnehmer selbst oder durch Dritte auf Veranlassung des Auftragnehmers sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

8.3. Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die von der Auftraggeberin als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

9. DIN-Vorschriften / anerkannte Regeln der Baukunst/Technik

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen - DIN 1961 -VOB/B, die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen - ATV - VOB/C und die in den Vergabeunterlagen genannten DIN-Vorschriften sind

- a) beim Offenen Verfahren / bei Öffentlicher Ausschreibung in der am Tag der Bekanntmachung der Ausschreibung
- b) beim Nicht Offenen Verfahren / Verhandlungsverfahren / bei Beschränkter Ausschreibung oder freihändiger Vergabe in der am Tag der Aufforderung zur Angebotsabgabe

gültigen Fassung maßgebend.

Zusätzlich gelten stets die anerkannten Regeln der Baukunst/Technik und die neuesten Emissionsschutz- und Umweltschutzauflagen.

Die Auftraggeberin behält sich vor anzuordnen oder zu fordern, dass nachträgliche Änderungen von DIN-Vorschriften in der Ausführung berücksichtigt werden.

10. Berufsgenossenschaft

Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich der Auftraggeberin mitzuteilen. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat er jederzeit den Mitgliedschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

11. Ausführung der Bauleistung (zu § 4)

11.1. Der Auftragnehmer darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin Bäume und Sträucher weder beschädigen noch beseitigen; dies gilt auch für Wurzeln. Die Vorschriften der DIN 18 920 (2014/07) sind einzuhalten. Er hat, soweit nichts anderes vereinbart ist, ohne besondere Vergütung für die Dauer der Bauausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die zur Sicherung von baulichen Anlagen und Einrichtungen aller Art, Bäumen und gärtnerischen Anlagen, sowie zur Sicherung dritter Personen auf der Baustelle und ihrer Umgebung erforderlich sind und die Schutzvorrichtungen so lange bestehen zu lassen, bis jede Gefährdung von Personen oder Sachen ausgeschlossen ist.

Der Auftragnehmer hat sich vor Arbeitsbeginn über die Lage etwa vorhandener Ver- und Entsorgungsleitungen durch Nachfrage bei den Leitungseigentümern zu informieren.

Der Auftragnehmer hat insbesondere dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden.

Die verkehrsrechtlichen Vorschriften und die von den zuständigen Betrieben und Verwaltungen zum Schutze ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

11.2. Die Auftraggeberin kann bestimmen, dass Baustoffe und Bauteile innerhalb bestimmter Zeiten nicht angefahren werden dürfen.

11.3. Außer dem Bauplatz werden für Unterkünfte, Lager- und Arbeitszwecke nur die in den Vertragsgrundlagen bezeichneten Bereiche (Baustelle und deren Umgebung) und dem in den Vertragsgrundlagen bezeichnetem Umfang zur Verfügung gestellt. Benötigt der Auftragnehmer darüber hinaus weitere Flächen, so hat er sie auf eigene Kosten selbst zu beschaffen. Die für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsflächen, für die Aufstellung von Bauzäunen, Aufenthaltsräumen, Aborten, Schuppen und dergleichen erforderlichen behördlichen Genehmigungen hat der Auftragnehmer ohne Anspruch auf Gebührenerstattung selbst einzuholen.

11.4. Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann die Auftraggeberin die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

Von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Flächen und Zufahrtswege sind nach Beendigung der Arbeiten in dem Zustand zurückzugeben, in dem sie sich vor Beginn der Arbeiten befanden, sofern nicht etwas Abweichendes vereinbart wird.

11.5. Durch den Auftragnehmer verursachte Beschädigungen und Verunreinigungen von öffentlichen Verkehrsflächen sind von ihm auch während der Durchführung der Vertragsleistungen ohne besondere Vergütung laufend zu beseitigen. Entsprechendes gilt auch für den Baustellenbereich, soweit der Baustellenverkehr und die Ausführung der Bauleistungen behindert werden.

11.6. Werden auf der Baustelle gefährliche Gegenstände (z. B. Sprengkörper, Munition, Waffen) gefunden, so sind die Arbeiten im Gefahrenbereich sofort einzustellen; die nächste Polizeidienststelle/Ordnungsbehörde und die Auftraggeberin sind sofort zu benachrichtigen. Die Gefahrenstelle ist abzusperren. Die Arbeiten dürfen erst nach Beseitigung der Gefahr fortgesetzt werden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine auf der Baustelle eingesetzten Arbeitskräfte über diese Sicherheitsvorschriften zu belehren.

11.7. Für Baubehelfe (Gerüste, Aussteifungen, Abfangungen und dergleichen) hat der Auftragnehmer, soweit in den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen nichts anderes gesagt ist, ohne besondere Vergütung vor der Ausführung die Genehmigung des Bauordnungsamtes einzuholen, wenn für die Baubehelfe statische Nachweise erforderlich sind.

11.8. Der Auftragnehmer hat die von ihm ausgeführten Leistungen und die ihm für die Ausführung übergebenen Gegenstände ohne besondere Vergütung vor Winterschäden zu schützen. Weiterhin hat er ohne besondere Vergütung Schnee und Eis im Baustellenbereich zu beseitigen, soweit dies für die Aufrechterhaltung des Baustellenbetriebes und die Durchführung seiner eigenen Arbeiten erforderlich ist.

11.9. Alle zur Durchführung der Leistungen notwendigen Konstruktionen und Gerüste, auch Gerüste über 2,00 m Höhe, sind vom Auftragnehmer zu stellen, in die Einheitspreise einzukalkulieren und mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

Die anerkannten Regeln der Baukunst/Technik sind zu beachten.

12. Werbung, Bauschilder, Besichtigungen (zu § 4 Abs. 1)

12.1. Werbeschilder und andere Werbemittel dürfen im Baustellenbereich nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin angebracht werden.

12.2. Die Auftraggeberin kann verlangen, dass Firmenschilder der auf der Baustelle tätigen Auftragnehmer nur an einem gemeinsamen Gerüst in einheitlicher Größe und Form angebracht werden.

12.3. Besichtigungen der Baustelle durch Dritte sind nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin gestattet.

13. Bautagesberichte - Rapporte - (zu § 4)

13.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und der Auftraggeberin, soweit diese nicht mit längeren Zeitabschnitten einverstanden ist, täglich eine Durchschrift zu übergeben.

13.2. Die Bautagesberichte müssen mindestens Angaben enthalten über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Stundenaufwand, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den wesentlichen Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges), Unterbrechungen, Betonierungszeiten, Unfälle und sonstige Vorkommnisse, die für die Ausführung oder Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Der Auftragnehmer bestätigt im Rahmen seiner Bautagesberichte täglich, dass er den Anforderungen gemäß Ziffer 28 der ZVB entsprochen hat.

13.3. Hat die Auftraggeberin dem Auftragnehmer Stoffe oder Bauteile zur Verwendung für die Bauleistungen übergeben, so ist der Verbrauch dieser Stoffe in längstens wöchentlichen Abständen in einem Bautagesbericht nachzuweisen.

14. Baustoffe, Bauteile, Bauverfahren; Stoffprüfungen (zu § 4 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2)

14.1. Der Auftragnehmer darf, soweit Normen bestehen und sich aus den Vertragsgrundlagen nichts anderes ergibt, nur normengerechte Baustoffe und Bauteile verwenden und nur normengerechte Bauverfahren anwenden. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat er die Einhaltung dieser Verpflichtungen nachzuweisen.

14.2. Für die nach den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen - VOB Teil C - und den übrigen Vertragsgrundlagen vorgeschriebenen Güte- und Gebrauchsprüfungen von Stoffen und Bauteilen hat der Auftragnehmer, wenn nichts anderes vereinbart ist, ohne besondere Vergütung die Proben zu entnehmen, herzustellen und prüfen zu lassen.

15. Nachunternehmer (zu § 4 Abs. 8)

15.1. Nachunternehmer sind bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

15.2. Der Auftragnehmer hat den Verträgen mit Nachunternehmern die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) und die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zugrunde zu legen.

15.3. Der Auftragnehmer darf dem Nachunternehmer keine - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise - ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen ihm und der Auftraggeberin vereinbart sind.

15.4. Stimmt die Auftraggeberin der Übertragung von Leistungen an einen Nachunternehmer zu, so ändert diese Zustimmung nichts daran, dass der Auftragnehmer auch für diese Leistungen unmittelbar haftet. Der Auftragnehmer haftet gegenüber der Auftraggeberin insbesondere für die frist- und fachgerechte Erfüllung der von dem Nachunternehmer zu erbringenden Leistungen einschließlich der Gewährleistung.

15.5. Die Übertragung einer Leistung auf einen Nachunternehmer setzt einen schriftlichen Antrag des Auftragnehmers mit Angabe der Firma des Nachunternehmers sowie der Zahl der Beschäftigten und eines Qualifikationsnachweises voraus. Der Qualifikationsnachweis besteht im Regelfall aus drei mit der vorgesehenen Leistung vergleichbarer Referenzen aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Die Übertragung ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

Einer vorherigen schriftlichen Zustimmung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer den Nachunternehmer bereits im Angebot angegeben hat oder für solche Leistungen,

auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist. Die vorgenannten Nachweise hat der Auftragnehmer aber auch für zustimmungsfreie Nachunternehmer vor deren Arbeitsaufnahme einzureichen.

Der Einsatz eines Nachunternehmers kann vom Nachweis der erforderlichen gültigen Bescheinigung des Finanzamtes, der Krankenkasse, Berufsgenossenschaft und der gewerberechtlichen Voraussetzungen abhängig gemacht werden.

Für den Fall der Zustimmung durch die Auftraggeberin verpflichtet sich der Auftragnehmer, die von ihm eingegangenen Verpflichtungen und Ermächtigungen gegenüber der Auftraggeberin (siehe Ziffer 28.3 der ZVB) zum Gegenstand der vertraglichen Verpflichtungen des Nachunternehmers mit Wirkung zugunsten der Auftraggeberin im Nachunternehmervertrag zu machen.

Der Auftragnehmer erkennt an, dass der Nachunternehmer die Baustelle nur dann betreten darf, wenn die erforderliche Zustimmung zum Einsatz des Nachunternehmers erteilt ist.

Die Zustimmung der Auftraggeberin für einen Nachunternehmereinsatz gilt als erteilt, wenn die Benennung des Nachunternehmers und seines Leistungsumfanges bereits mit dem Teilnahmeantrag/mit der Angebotsabgabe erfolgte.

16. Mangelhafte oder vertragswidrige Leistung während der Ausführung (zu § 4 Abs. 7)

Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Hat der Auftragnehmer den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, so hat er auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Kommt der Auftragnehmer der Pflicht zur Beseitigung eines wesentlichen Mangels nicht nach, so kann ihm die Auftraggeberin eine angemessene Frist zur Beseitigung dieses wesentlichen Mangels setzen und erklären, dass er ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Auftrag entziehe (§ 8 Abs. 3). Wegen eines unwesentlichen Mangels ist eine Kündigung nach § 4 Abs. 7 ausgeschlossen; Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.

17. Verteilung der Gefahr (zu § 7)

Bis zur förmlichen Abnahme gem. § 12 Abs. 4 trägt der Auftragnehmer die volle Leistungs- und Vergütungsgefahr für den Fall der Beschädigung oder Zerstörung der ganz oder teilweise ausgeführten Leistung. Es gilt § 644 BGB, § 7 wird abbedungen.

18. Kündigung (zu § 8)

18.1. Kündigt die Auftraggeberin den Vertrag nach § 8 Abs. 1, so sind Auftraggeberin und Auftragnehmer verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und diese zu belegen, soweit dies notwendig ist, um die Höhe des Vergütungsanspruches zu bemessen.

18.2. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehende Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Wirtschafts-Entwicklungsgesellschaft Bochum mbH oder dem Unternehmen der Auftraggeberin Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB. Nicht als Vorteil gelten jedoch die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (z. B. aus Anlass des Neujahrstages) von dem Auftragnehmer seinen Geschäftskunden gewährt werden, insbesondere Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhaft und deutlich sichtbare Bezeichnung des Auftragnehmers gekennzeichnet sind.

18.3. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn der Auftragnehmer gegen Ziffer 10 der ZVB verstößt oder vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen im Angebotsverfahren abgibt.

18.4. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zum Abschluss oder zur Beibehaltung einer Haftpflichtversicherung oder zur fristgerechten Beibringung der zugehörigen Nachweise nicht nachkommt.

18.5. Wird nach Ziffern 18.2, 18.3 oder 18.4 der ZVB gekündigt, so gilt § 8 Abs. 3 - 7 entsprechend.

18.6. Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

19. Haftung (zu § 10)

19.1. Alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen trifft der Auftragnehmer in eigener Verantwortung. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen der Auftraggeberin erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, der Auftraggeberin von allen gegen sie erhobenen Ansprüchen, die auf ungenügender Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen. Die Auftraggeberin trifft im Verhältnis zum Auftragnehmer keinerlei eigene Sicherungspflicht, und zwar unbeschadet der im Übrigen vorbehaltenen Bauleitung.

19.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Auftraggeberin von allen Haftpflichtansprüchen zu befreien, die gegen die Auftraggeberin im Zusammenhang mit dem übernommenen Auftrag von Dritten erhoben werden, sei es wegen unsachgemäßer Ausführung der Arbeiten, wegen Verwendung von nicht einwandfreiem Material oder aus irgendwelchen anderen Gründen.

19.3. Ansprüche Dritter wegen eines im Zusammenhang mit der Bauleistung entstandenen Schadens sind der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

19.4. Für die nach den Besonderen Vertragsbedingungen abzuschließende Versicherung gilt folgendes:

Der Abschluss der Versicherung ist innerhalb von 15 Werktagen (mit Ausnahme der Samstage) nach Vertragsabschluss (Eingang des Auftragsschreibens) nachzuweisen. Die Auftraggeberin kann jederzeit den Nachweis des Fortbestandes der Versicherung verlangen.

Kommt der Auftragnehmer der Verpflichtung zum Abschluss, zur Beibehaltung oder zum Nachweis der Versicherung nicht nach, so kann die Auftraggeberin auf Kosten des Auftragnehmers eine Versicherung zu seinen Gunsten abschließen und die Prämien von der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung oder einer von ihm hinterlegten Sicherheit einbehalten.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, rückständige Prämien anstelle des Auftragnehmers an das Versicherungsunternehmen zu zahlen und diese Beträge von der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung oder einer von ihm hinterlegten Sicherheit einzubehalten.

Die Kosten der Versicherung werden dem Auftragnehmer nicht besonders vergütet.

20. Vertragsstrafen (zu § 11 VOB/B und 7.3 BVB Tariftreue- und Vergabegesetz NRW)

Gerät der Auftragnehmer mit der zum Fertigstellungstermin gemäß Ziffer 1.2 der BVB vertraglich vereinbarten Fertigstellung des Bauvorhabens in Verzug, hat er eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,19% der Nettoauftragssumme, mindestens jedoch 12,50 EUR, für jeden Arbeitstag des Verzuges zu zahlen. Die Vertragsstrafe für die Überschreitung des Fertigstellungstermins ist auf insgesamt 5% der Nettoauftragssumme beschränkt.

Gerät der Auftragnehmer mit Einzelfristen für Teilleistungen gem. Ziffer 1.3 der BVB in Verzug, so schuldet er jeweils (pro verspäteter Einzelfrist) eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1% des Wertes der bei der Einzelfrist benannten Teilleistung pro Arbeitstag der Fristüberschreitung. Die Vertragsstrafe für jede Fristüberschreitung einer Einzelfrist ist auf insgesamt 3% des Wertes der Teilleistung beschränkt.

Darüber hinaus ist eine Vertragsstrafenregelungen in Ziffer 7.3 der BVB Tariftreue- und Vergabegesetz NRW vereinbart.

Die Höhe der Vertragsstrafen insgesamt beträgt max. 5% der Nettoauftragssumme, wobei eine verwirkte Vertragsstrafe auf etwaige weitergehende Verzugschadensersatzansprüche der Auftraggeberin angerechnet wird. Hat sich die Nettoabrechnungssumme gegenüber der Nettoauftragssumme so weit reduziert, dass die vorgenannten 5% als Maximalbetrag bei einer Zugrundelegung der Nettoabrechnungssumme als Bezugsgröße überschritten würden, reduziert sich die

Bezugsgröße für die Ermittlung der Vertragsstrafen so weit, dass der 5%ige Maximalbetrag der Vertragsstrafen nicht überschritten wird.

Zur Klarstellung: Eine Vertragsstrafe wird bei einem Überschreiten des Fertigstellungstermins und/oder von Einzelfristen nicht verwirkt, sofern und soweit der Auftragnehmer die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat, also nicht in Verzug gerät.

Die Auftraggeberin behält sich die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vor. Sie ist zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen jedoch nur berechtigt, soweit diese die vom Auftragnehmer verwirkte Vertragsstrafe übersteigen.

Wird ein neuer Fertigstellungstermin vertraglich vereinbart oder ändert sich der Fertigstellungstermin kraft gesetzlicher oder vertraglicher Vereinbarung, so ist auch der neue Fertigstellungstermin durch die Vertragsstrafe bewehrt.

Dies gilt auch für Fristen, die der Auftragnehmer für ein Alternativ- und Nebenangebot abgegeben hat.

Der Auftragnehmer hat die Vertragsstrafenvereinbarung einem evtl. von ihm beauftragten Nachunternehmer mitzuteilen.

21. Abnahme (zu § 12)

21.1. Die förmliche Abnahme, gegebenenfalls auch Teilabnahme (§ 12 Abs. 2), ist rechtzeitig schriftlich zu beantragen.

Leistungen mit einem Auftragswert von mehr als 2.500,00 EUR sind in jedem Falle förmlich abzunehmen.

21.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei einer eventuellen Umsatzsteuererhöhung rechtzeitig Teilabnahmen für Teilleistungen zu vereinbaren und für diese Teilleistungen eine gesonderte Teilschlussrechnung zu erstellen.

21.3. Zwei Kalenderwochen vor dem von ihm beantragten Abnahmetermin hat der Auftragnehmer folgende Unterlagen digital sowie 1 x in ausgedruckter Form (vollständig, geordnet und mit beschrifteten Trennblättern versehen) der Auftraggeberin zu übergeben:

- a) Prüfzeugnisse, technische Datenblätter sämtlicher eingesetzter Systeme und Produkte, Pflege- und Bedienungshinweise, Ergebnisse von Güteprüfungen, Übereinstimmungserklärungen, Fachbauleitererklärungen, Bautageberichte in gebundener Form.
- b) Revisionszeichnungen; nach Abschluss der Montage und vor der Abnahme muss ein Satz aller Werkstattpläne der ausgeführten Leistungen als „Revisionsplansatz“ in geordneter Form mit Berechnungen der Auftraggeberin ausgehändigt werden (digital im dxf. bzw. dwg und PDF-Format).

Erst nach erfolgter Durchsicht und Bestätigung der Vollständigkeit der Unterlagen wird einer Abnahme zugestimmt.

22. Mängelansprüche (zu § 13)

22.1. Mängelansprüche regeln sich nach § 13, sofern und soweit nachfolgend nichts anders vereinbart wird.

22.2. Die Frist für die Verjährung von Mängelansprüchen beträgt für Bauwerke und für Holzerkrankungen fünf Jahre und einen Monat.

22.3. Bei Teilen von maschinellen und elektrotechnischen / elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat, beträgt die Frist für die Verjährung von Mängelansprüchen bei Abschluss eines Wartungsvertrages durch die Auftraggeberin, ein Tochterunternehmen, die Stadt Bochum sowie ihre Gesellschaften vier Jahre und einen Monat, unabhängig davon, ob die notwendigen Wartungsarbeiten an den Auftragnehmer selbst oder an ein anderes Fachunternehmen beauftragt werden; Voraussetzung für die Verjährungsfrist von vier Jahren und einem Monat ist allein, dass die von dem Auftragnehmer vor Abnahme als notwendig benannten Wartungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Mängelbeseitigung ist im Einvernehmen mit der Auftraggeberin durchzuführen.

22.4. Teilabnahmen setzen die Frist nicht in Lauf. Vielmehr beginnt die Frist mit der Abnahme der gesamten Leistungen des beauftragten Gewerkes.

23. Abrechnung (zu § 14)

23.1. Alle Rechnungen sind digital einzureichen.

Es sind je nach der im Auftragsschreiben (Ziffer 1.1 der ZVB) benannten Auftraggebergesellschaft folgende Emailadressen zu verwenden:

- WirtschaftsEntwicklungsGesellschaft Bochum mbH
rg-weg@bochum-wirtschaft.de
- Bochum Perspektive GmbH
rg-bopg@bochum-wirtschaft.de
- EGR Projekt GmbH
rg-epg@bochum-wirtschaft.de

Sofern eine Fachplanung von der Auftraggeberin mit der Rechnungsprüfung beauftragt ist, ist **das Original** zunächst an die Fachplanung zu senden.

Auf der Rechnung sind anzugeben: Baustelle, Auftragsnummer der Auftraggeberin, Ausführungszeit und lückenlose Beschreibung der geleisteten Arbeiten. Als Nachweis über gelieferte Baustoffe werden nur **originale** Wiegekarten und Lieferscheine anerkannt; diese sind bei Lieferung der Baustoffe von der Bauüberwachung der Auftraggeberin abzeichnen zu lassen.

23.2. Hat der Auftragnehmer den rechtzeitigen Antrag auf Feststellung von Leistungen, deren Aufmaß später nicht mehr oder nur schwer möglich ist, unterlassen oder sich nicht oder nur unzureichend an der Aufmessung beteiligt, so gelten die

Feststellungen der Auftraggeberin als endgültig, wenn nicht der Auftragnehmer ihre Unrichtigkeit beweist.

23.3. Alle Rechnungen sind bis zur Summenbildung hin mit den Nettopreisen (ohne Umsatzsteuer) aufzustellen. Die Umsatzsteuer ist in jeder Rechnung (Einzelrechnung / Abschlagsrechnung / Teilschlussrechnung / Schlussrechnung) am Schluss gesondert auszuweisen.

Die nach § 14 Abs. 1 Satz 3 beizufügenden Belege werden nicht besonders vergütet.

24. Stundenlohnarbeiten (zu § 15)

24.1. Über Stundenlohnarbeiten hat der Auftragnehmer der Bauüberwachung arbeitstäglich einen Nachweis vorzulegen und wöchentlich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

Die Unterzeichnung der Stundenlohnzettel durch die Auftraggeberin bedeutet keine Anerkennung der Rechnung.

24.2. Die Rechnungen über Stundenlohnarbeiten sind getrennt von den Rechnungen über die sonstigen Leistungen aufzustellen, sofern es sich nicht um angehängte Stundenlohnarbeiten handelt.

Die Stundenlohnabrechnungspreise müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln nach Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppen aufgliedert werden.

24.3. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen der Auftraggeberin verpflichtet, die tatsächlichen Lohnkosten anhand der Lohnlisten nachzuweisen, soweit nicht Stundenverrechnungssätze vereinbart worden sind.

25. Zahlungen (zu § 16)

25.1. Für Abschlags- und Schlusszahlungen gelten die Regelungen des § 16.

25.2. Abschlagszahlungen werden nur aufgrund prüfungsfähiger Zwischenrechnungen gewährt. Die Abschlagsrechnungen sind kumulierend aufzubauen. Die bereits erhaltenen Zahlungen sind von der Abschlagsrechnung in Abzug zu bringen. Es besteht keine Verpflichtung zur Abschlagszahlung unter 20% der Auftragssumme bei Aufträgen bis 13.000,00 EUR, unter 10% der Auftragssumme bei Aufträgen von mehr als 13.000,00 EUR bis 250.000,00 EUR und unter 5% bei Aufträgen von mehr als 250.000,00 EUR bis 1.000.000,00 EUR. Bei einer Auftragssumme über 1.000.000,00 EUR werden Abschlagszahlungen nicht unter 50.000,00 EUR gezahlt. Abschlagszahlungen unter 1.000,00 EUR werden in keinem Fall geleistet.

25.3. Für Stoffe, die auf der Baustelle angeliefert, aber noch nicht eingebaut sind, werden keine Zahlungen geleistet.

25.4. Stellt sich bei der Prüfung der Schlussrechnung heraus, dass Abrechnungsunterlagen fehlen oder unzulänglich sind, beginnt die Frist für die Schlusszahlung erst mit dem Eingang der nachgeforderten prüfbaren Unterlagen.

25.5. Vom Auftragnehmer angebotenes Skonto wird von jedem Abschlags- und Schlusszahlungsbetrag abgezogen, für den die dafür ausbedungenen Zahlungsfristen eingehalten werden. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung der Tag des Zahlungsauftrages an die Geldanstalt.

25.6. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Schlusszahlung, um den Betrag zzgl. eines angemessenen Druckzuschlages zu kürzen, der erforderlich ist, um die bei der Abnahme festgestellten und noch nicht beseitigten Mängel zu beheben. Weitergehende Einbehalte wegen Bestehens eines Zurückbehaltungsrechtes aufgrund von festgestellten Leistungsmängeln bleiben hiervon unberührt.

25.7. Nach Auftragserteilung verpflichtet sich der Auftragnehmer unverzüglich zur Vorlage einer Vertragserfüllungsbürgschaft über 10% der Angebotssumme einschließlich Mehrwertsteuer. Die Bürgschaft muss dabei die Anforderungen gem. Ziffern 25.8 und 27 der ZVB erfüllen.

25.8. Als Sicherheit für die fristgerechte und mängelfreie Leistung einschließlich Schadenersatz und Rückzahlung von Überzahlungen werden 10% der Bruttoabrechnungssumme einer jeden Abschlagsrechnung bis zur mängelfreien Abnahme einbehalten, sofern der Auftragnehmer die in Ziffer 25.7. geregelte Vertragserfüllungsbürgschaft noch nicht vorgelegt hat. Die Vertragserfüllungssicherheit sichert auch die Beseitigung der während der Ausführung und im Rahmen der Abnahme gerügten Mängel.

Den vorgenannten Einbehalt für die Absicherung von Erfüllungsansprüchen kann der Auftragnehmer durch Sicherheit gem. Ziffer 27 der ZVB ablösen.

25.9. Bei einer Abrechnungssumme ohne Umsatzsteuer über 250.000 EUR werden als Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche 5% der Bruttoabrechnungssumme der Schlussrechnung bis zum Ablauf der vertraglichen Gewährleistungsfrist einbehalten und anschließend innerhalb von drei Monaten ausbezahlt, soweit diese Sicherheit nicht in Anspruch genommen wurde. Die Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen sichert ausschließlich Mängel, die nach der Abnahme gerügt werden.

Den vorgenannten Einbehalt für die Erfüllung von Mängelansprüchen kann der Auftragnehmer durch Sicherheit gem. Ziffer 27 der ZVB ablösen.

25.10. Zahlungen werden nur bargeldlos geleistet. Der Auftragnehmer darf Forderungen aus diesem Auftrag ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers weder abtreten noch verpfänden.

26. Erstattungen (zu § 16)

26.1. Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung (§ 14 Abs. 1 Satz 1) festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu

berichtigen; Auftraggeberin und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.

Fehler im Sinne von Absatz 1 sind:

- a) Aufmaßfehler, d. h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;
- b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der Allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsarten (einschließlich Kommafehler),
- c) Übertragungsfehler (einschließlich Seitenübertragungsfehlern).

Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinne von § 16 Abs. 3 Nr. 2.

26.2. Sonstige Ansprüche der Auftraggeberin aus §§ 812 ff. BGB werden durch Ziffer 26.1 der ZVB nicht berührt.

26.3. Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

26.4. Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Betrag vom Empfang der Zahlung an mit 4 v. H. für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen; § 197 BGB findet Anwendung.

27. Bürgschaften (zu § 17)

27.1. Vom Auftragnehmer gestellte Bürgschaften müssen schriftlich, unbedingt, unbefristet, selbstschuldnerisch (ohne Einrede der Vorausklage, § 771 BGB) sein. Eine Befugnis zur Hinterlegung darf die Bürgschaft nicht enthalten.

Bürge kann nur eine in der Europäischen Union zugelassene Bank, Sparkasse oder ein Kreditversicherer mit einem Geschäftssitz in Deutschland sein. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bürgen gelten nicht.

27.2. Eine etwaige Vertragserfüllungsbürgschaft wird auf Anforderung durch den Auftragnehmer zurückgegeben, soweit sie nicht verwertet wurde, nach Abnahme und Erledigung aller vor und im Rahmen der Abnahme gerügten Mängel und Restleistungen, es sei denn, dass Ansprüche der Auftraggeberin, die nicht von der Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind.

27.3. Die Bürgschaft für Mängelansprüche wird auf Aufforderung durch den Auftragnehmer zurückgegeben, soweit sie nicht verwertet wurde, nach Ablauf der vertraglichen Gewährleistungsfrist zuzüglich drei Monate, wenn alle wegen vertragswidriger Leistung nach der Abnahme und bis dahin geltend gemachten Mängelansprüche erledigt sind.

27.4. Kann eine Bürgschaft nicht zum vorgesehenen Termin zurückgegeben werden, weil noch Restansprüche bestehen, deren Wert geringer ist als der Bürgschaftsbeitrag, ist sie auf Antrag des Auftragnehmers angemessen zu reduzieren.

28. Verhinderung illegaler Beschäftigung

28.1. Der Auftragnehmer muss die gewerberechtlichen und bei der Übernahme von handwerklichen Tätigkeiten die handwerksrechtlichen Voraussetzungen (Eintragung in die Handwerksrolle A bei der zuständigen Handwerkskammer) für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllen.

28.2. Der Auftragnehmer darf weder selbst noch durch Nachunternehmer auf der Baustelle Arbeitnehmer einsetzen, für die widerrechtlich keine Sozialabgaben abgeführt werden oder für die - sofern es sich um ausländische Arbeitnehmer handelt - keine Erlaubnis nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) besteht.

Der Auftragnehmer darf Arbeitnehmer nicht beschäftigen, die nicht zu den üblichen Tarifbedingungen entlohnt werden.

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass die Auftraggeberin den Verdacht der illegalen Beschäftigung sofort den zuständigen Stellen der Agentur für Arbeit oder den Sicherheitsbehörden melden wird. Die Auftraggeberin ist nicht verpflichtet, einen Anfangsverdacht zunächst dem Auftragnehmer mitzuteilen.

Der Auftragnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass die Agentur für Arbeit der Auftraggeberin auf Anfrage mitteilt, ob ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, Ermittlungsverfahren nach § 15 a Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG), § 228 Abs. 1 Nr. 3 AFG oder § 16 Abs. 1 oder 1 a AÜG, anhängig ist bzw. ob und wie dieses rechtskräftig zum Abschluss gekommen ist.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, auf der Baustelle Kontrollen über die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen durchführen zu lassen. Dazu gehören auch Personenkontrollen. Zu diesem Zweck verpflichtet der Auftragnehmer seine Mitarbeiter oder die seines Nachunternehmers, den Personalausweis, Pass oder "Sozialversicherungsausweis" auf der Baustelle bei sich zu führen.

Im Falle einer Verweigerung der Kontrollen oder bei drei oder mehrfach wiederholter Nichtvorlage der erforderlichen Papiere hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe gemäß Ziffer 28.3 der ZVB verwirkt.

Dem Auftragnehmer ist das Verbot des Einsatzes von Entleiherfirmen gemäß § 12 a AFG bekannt.

28.3. Bei einem von den zuständigen Verfolgungsbehörden festgestellten Verstoß des Auftragnehmers - sei es mit eigenen Arbeitnehmern oder von einem von ihm beschäftigten Nachunternehmer - gegen das AÜG in der jeweils geltenden Fassung kann der Auftragnehmer von weiteren Aufträgen ausgeschlossen werden. Dies gilt auch bei der Einschaltung von Nachunternehmern ohne vorhergehende Zustimmung der Auftraggeberin.

Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag zu kündigen.

- a) Werden auf der Baustelle Arbeitnehmer des Auftragnehmers angetroffen,
- die der Auftragnehmer beschäftigt, ohne für sie Sozialversicherungsabgaben abzuführen oder
 - die als ausländische Arbeitnehmer des Auftragnehmers nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnis im Sinne des § 19 Abs. 1 AFG sind,
- so hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe zu zahlen.
- b) Werden auf der Baustelle Arbeitnehmer eines Nachunternehmers angetroffen,
- für die keine Sozialversicherungsabgaben abgeführt werden
oder
 - die als ausländische Arbeitnehmer nicht im Besitz einer Arbeitserlaubnis im Sinne des § 19 Abs. 1 AFG sind,
- so hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe zu zahlen, wenn er
- den Nachunternehmer ohne die erforderliche Zustimmung beauftragt hat
oder
 - die Verpflichtung und Ermächtigung aus Nr. 15.5 nicht auf den Nachunternehmer übertragen hat.

Im Falle der vertragswidrigen und / oder illegalen Beschäftigung entsprechend Ziffern 15.5 und/oder 28.2 hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe bis zu 10% der Netto-Auftragssumme zu zahlen (Ziffer 20 der ZVB bleibt hiervon unberührt). Die Vertragsstrafe wird im Einzelfall durch die Auftraggeberin nach billigem Ermessen festgesetzt; diese ist auch bei mehrfachen Verstößen auf höchstens 10% der Netto-Auftragssumme begrenzt.

29. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Bedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten nur dann, wenn sie von der Auftraggeberin ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

30. Arbeitsschutz und Unfallverhütung

Der Auftragnehmer hat die für die Auftraggeberin geltenden Unfallverhütungsvorschriften, die für die Auftraggeberin geltenden Arbeitsschutzvorschriften und die sicherheitstechnischen und die arbeitsmedizinischen Regeln, die allgemein anerkannt oder in Unfallverhütungsvorschriften anderer Berufsgenossenschaften enthalten sind, zu beachten.

31. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich, Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

32. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

33. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist der Sitz der Auftraggeberin (Bochum).